

Erinnerung an die Vertreibung

Palästinenser gedenken Nakba. Neue israelische Regierung kündigt Annexion von besetzten Gebieten an. **Von Karin Leukefeld**

Seit 72 Jahren erinnern die Palästinenser Mitte Mai an die Nakba, die »Katastrophe«. Was in Israel als Tag der Staatsgründung gefeiert wird, hat sich in ihrer Erinnerung als »katastrophales Zusammenspiel aus Massakern, Vertreibung, Raub, Besatzung und Apartheid« eingegraben. Das Unrecht von damals hält bis heute an.

Die Nakba war Konsequenz einer langen Kette interessengeleiteter Entscheidungen seit Ende des 19. Jahrhunderts in Europa. Die Bewegung des jüdischen Nationalismus – Folge der Judenfeindlichkeit in den europäischen Gesellschaften – führte zur Entstehung des Zionismus, verbunden mit dem Ziel, einen jüdischen Staat zu gründen. Der britische Außenminister Lord Arthur von Balfour besiegelte am 2. November 1917 »im Namen seiner Majestät« gegenüber dem Vorsitzenden der britischen Zionistischen Weltbewegung, Lord Rothschild, man werde diese bei der »Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk« unterstützen.

Abgesichert wurde die Zusage durch das britische Mandat über Palästina nach dem Ersten Weltkrieg. Durch die wachsende Einwanderung europäischer Juden sahen die Palästinenser ihre nationalen Rechte in Gefahr. Sie protestierten, wurden jedoch von Briten und Zionisten zurückgedrängt. Ein bewaffneter Aufstand (1936–1939) wurde von britischen Truppen, teilweise mit Unterstützung der zionistischen Milizen blutig niedergeschlagen.

Der UN-Teilungsplan 1949 teilte Palästina – gegen die Stimmen der arabischen Staaten – in einen arabischen und einen jüdischen Staat. Es begann die systematische Vertreibung der Palästinenser durch zionistische Milizen. Als am 14. Mai 1948 der britische Hochkommissar Palästina verließ, rief David Ben Gurion den Staat Israel aus. Zu dem Zeitpunkt lagen schon viele palästinensische Dörfer und Städte leer und verlassen. Am 15. Mai erklärten Ägypten, Libanon, Irak und Syrien dem neuen Staat den Krieg. Nach dessen Ende im Juli 1949 befanden sich 78 Prozent des



Palästinensische Demonstration gegen US-Präsident Donald Trump nach dem Freitagsgebet im israelisch besetzten Jordantal, 31. Januar 2020

ehemaligen britischen Mandatsgebiets unter israelischer Kontrolle. 90 Prozent der arabischen Palästinenser, 750.000 Menschen, waren in die arabischen Nachbarstaaten vertrieben worden.

»Die Vertreibungen waren und sind illegal«, betonte George Rashmawi von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft NRW-Süd bei einer Kundgebung in Bonn, bei der am 16. Mai an die Nakba erinnert wurde. Unter höhnischem Gejohle von Demonstranten, die mit Israelfahnen in unmittelbarer Nähe eine Kundgebung abhielten, erinnerte Rashmawi an die UN-Resolution 194. Diese erkannte das grundsätzliche Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat an. Israel habe das akzeptiert, um Mitglied in der UNO zu werden, so Rashmawi. »Doch bis heute verweigert Israel den Palästinensern das Rückkehrrecht.« Mehr als eine halbe Million Siedler seien illegal in den besetzten palästinensischen Gebieten angesiedelt worden. Im Rahmen des

von US-Präsident Donald Trump und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vereinbarten »Jahrhundertdeals« sollten nun Teile des Westjordanlands annektiert werden. Das alles sei illegal – »Eine Kriegserklärung an das palästinensische Volk und an das Völkerrecht.«

In Absprache mit Washington will die neue Regierung in Israel die Siedlungen im Westjordanland sowie das Jordantal annektieren. Jerusalem soll die ungeteilte Hauptstadt werden, bestätigte Netanjahu am vergangenen Sonntag. Die Arabische Liga wies den Plan zurück, der jordanische König Abdullah II warnte, die geplante Annexion werde zu einem »massiven Konflikt« führen. Jordanien prüfe »sämtliche Optionen«, um sich dagegen zu wehren.

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmud Abbas, kündigte als Reaktion auf die Annexionspläne am späten Dienstagabend alle Abkommen der PA mit Israel und den USA einschließlich des Sicherheits-

abkommens. Wie Israel trage auch die US-Administration »volle Verantwortung für die Unterdrückung der Palästinenser«, so Abbas. Washington sei der wichtigste Partner der israelischen Besatzungsregierung bei »allen ihren aggressiven und ungerechten Entscheidungen und Maßnahmen gegen unser Volk«. Es reiche nicht, wenn die internationale Staatengemeinschaft wegen des illegalen Annexionsvorhabens Erklärungen abgebe, sie müsse Sanktionen gegen Israel verhängen. Die Palästinenser würden mit Nachdruck alle internationalen Konventionen unterzeichnen, um die Anerkennung als souveräner Staat zu beschleunigen.

Dabei hoffen die Palästinenser auf die EU, die ist in der Frage jedoch gespalten. Während manche Staaten, darunter Schweden, Sanktionen gegen Israel wegen der anhaltenden Verstöße gegen das Völkerrecht verhängen wollen, brems vor allem Deutschland und will mit Israel verhandeln.

Hintergrund Warnungen vor Annexion

Hanan Aschrawi, Mitglied des Palästinensischen Legislativrates, warnte am 15. Mai vor den Annexionsplänen der neuen israelischen Regierung. Sollte Israel seinen mit Washington abgestimmten Plan umsetzen, würde es sein Territorium fast vollständig auf das historische Palästina ausdehnen. Mit der Aneignung des Jordantals würde so die Katastrophe des Jahres 1948, die Nakba, vervollständigt werden.

Das Jordantal und der Norden des Toten Meeres umfassen mit rund 160.000 Hektar etwa ein Drittel des Westjordanlandes und gelten als »Brotkorb« für die Palästinenser.

Die Besatzungsmacht hat mit 90 Prozent fast das gesamte Jordantal als C-Gebiet markiert, es steht unter vollständiger israelischer Militärkontrolle. In den restlichen zehn Prozent leben die palästinensischen Gemeinden in Gebieten, die als A- oder B-Gebiete markiert sind. Diese wiederum sind von den israelisch kontrollierten C-Gebieten umgeben und voneinander isoliert.

Durch die Aufteilung in A-, B- und C-Gebiete dürfen die Palästinenser 85 Prozent ihres Bodens nicht bewirtschaften. Die Nutzung der Wasserressourcen ist eingeschränkt. Sie dürfen keine Häuser bauen, bereits bestehende Gebäude werden zerstört. Mehr als 50 palästinensischen Dorfgemeinschaften in den C-Gebieten droht die Vertreibung.

Für Israel ist das Jordantal aus militärstrategischer Perspektive als Front gegen mögliche Invasionen aus dem Osten wichtig. Vom Jordan bis zum Mittelmeer sind es 40 Kilometer, für Israel bedeutet die Annexion und Kontrolle von Teilen des Westjordanlandes und des Jordantals, sich die notwendige strategische Tiefe für eventuelle Angriffe zu sichern. Inzwischen leben im Jordantal 11.000 jüdische Siedler. (kl)

»Gefangene sollen sich mit Strümpfen schützen«

Lage palästinensischer Inhaftierter durch Coronapandemie verschärft. **Ein Gespräch mit Khaled Hamad**

Wie ist die Lage der palästinensischen Gefangenen?

Es gibt derzeit 7.000 Inhaftierte. Viele von ihnen sind alt, fast 800 sind krank. 500 sind in Administrativhaft. Es gibt keine Anklage, keinen Prozess, ihre Haft kann immer wieder verlängert werden. 180 Kinder und fast 40 Frauen sind auch inhaftiert. Wegen der Coronapandemie hat sich die Lage verschärft. Die Angehörigen haben Angst, und die Gefangenen selber wissen nicht, wie sie sich schützen sollen. Die israelischen Behörden haben den Gefangenen weder Desinfektionsmittel noch



Khaled Hamad ist Arzt und Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft (DPMG). Schwerpunkt seiner Arbeit für Palästina ist die Hilfe für die palästinensischen Gefangenen in Israel und für die Flüchtlingslager

Schutzmasken gegeben. Sie haben ihnen gesagt, sie sollten sich mit ihren Strümpfen schützen.

In vielen Ländern werden Häftlinge wegen der Coronapandemie freigelassen. Gilt das nicht für die palästinensischen Gefangenen?

Wir haben in der Europäischen Union einen Aufruf gestartet und fordern, dass die Gefangenen freigelassen werden. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen empfiehlt den Regierungen, Gefangene wegen der Gefahr der

Epidemie freizulassen. Unser Aufruf wird von Organisationen, Einzelpersonen

und über die EU hinaus weltweit in fast 50 Staaten unterstützt, und wir sammeln weiter Unterschriften. Wir wollen, dass die EU, der UNO-Generalsekretär und Staatschefs, auch Bundeskanzlerin Merkel uns unterstützen.

Es gab kürzlich ein Videotreffen der EU-Außenminister zur Lage in Israel und Palästina. Waren die Gefangenen dort ein Thema?

Es ging vor allem um die Annexionspläne Israels und um den Trump-Netanjahu-Plan, den »Jahrhundertdeal«. Sie haben sich gegen diese Pläne ausgesprochen. Sie fordern weiter die Zweistaatenlösung.

Wird das Israel beeindrucken?

Es hört sich alles ganz gut an, aber diesen Worten folgen selten Taten. Die EU fordert und redet, und Israel macht weiter und setzt seine Pläne um. Schon jetzt haben sie unser Land unter ihrer Kontrolle, auch das Westjordanland. Die

Palästinenser leben isoliert in ihren Dörfern und Städten, aber die Straßen, der Boden, die Ländereien, das Wasser – alles wird von den Israelis kontrolliert.

Es gibt unter den EU-Staaten keine Einigkeit im Umgang mit Israel. Die einen fordern Sanktionen, die Bundesregierung ist dagegen. Was ist die Position der Palästinenser?

Wir wissen, dass Israel so weitermacht, wenn es von der EU nichts anderes als verbalen Druck zu erwarten hat. Natürlich fordern wir Sanktionen und begrüßen die Haltung Schwedens. Die Bundesregierung ist für die Zweistaatenlösung, aber sie tut nichts dafür.

In Deutschland ist die Darstellung der Geschichte Palästinas und der Lage in Ihrer Heimat sehr von der israelischen Sichtweise dominiert.

Es ist richtig, dass die zionistische Bewegung hier in Deutschland viel

Einfluss hat. Sie ist gut organisiert, die Botschaft agiert wie eine Operationszentrale. Ihre Meinung ist auch in den Medien allgegenwärtig, während unsere Stimme kaum durchdringt. Unsere Erfahrung ist exemplarisch, was wir erleben, kann mit anderen Völkern ebenso geschehen. Ich lebe schon lange in Deutschland, und während meiner Studienzeit war es selbstverständlich, dass Linke sich immer an der Seite der Palästinenser positioniert haben. Diese Haltung gibt es nicht mehr. Die reaktionäre israelische und amerikanische Politik im Bündnis mit den reaktionären arabischen Staaten gefährdet nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit der Palästinenser, sondern alle Völker in der Region und weltweit. Die internationale Solidarität muss wieder hergestellt werden.

Interview: Karin Leukefeld